



**Rede von Herrn Oberbürgermeister Christof Florus
anlässlich der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2023/2024
in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 23. Januar 2023**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich vor ziemlich genau zwei Jahren an dieser Stelle den Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt habe, war unter Hinweis auf die Corona-Pandemie die Rede davon, dass die Haushaltsplanaufstellung in einem außergewöhnlichen gesellschaftspolitischen, aber auch finanzpolitischen Umfeld erfolgt.

Zwei Jahre später müssen wir feststellen, dass wir es nicht mehr mit der Bewältigung nur einer großen Krise zu tun haben, sondern dass es mittlerweile überlappende Krisen sind, die Staat und Gesellschaft vor bislang ungeahnte Herausforderungen stellen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit will ich nur ein paar wenige Stichworte nennen: Ein fürchterlicher Krieg im Osten Europas auf dem Territorium der Ukraine, die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen, eine fragile Energieversorgung, gerade bei Strom und Gas, eine außergewöhnliche hohe Inflationsrate, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, Corona und der Klimawandel.

Wir spüren, dass bei der Bewältigung dieser Herausforderungen die staatlichen und kommunalen Aufgabenträger an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Ursächlich dafür sind aber nicht nur die sich überlappenden Krisen, sondern auch die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt. Ebenso wie in der Privatwirtschaft wird es auch für die öffentliche Hand immer schwieriger, die für die Aufgabenerledigung benötigten Fachkräfte zu gewinnen. Die zahlreichen Stellenausschreibungen in den regionalen Medien, aber auch im Staatsanzeiger, sind dafür ein beredetes Zeugnis.

Es ist naheliegend, dass die von mir erwähnte Herausforderungen auch ihre deutlichen Spuren im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 hinterlassen haben, der Ihnen bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wurde. Ich will an dieser Stelle auf einige herausragende Positionen verweisen:

Beginnen möchte ich mit dem **Energiesektor**. Hier sind wir als Große Kreisstadt Gaggenau in zweifacher Sicht betroffen: Zum einen als kommunaler Energieversorger, zum anderen aber auch als Verbraucher und Abnehmer vom Strom, Gas, Heizöl für die Bewirtschaftung unserer zahlreichen kommunalen Liegenschaften, angefangen von Verwaltungsgebäuden, über Schulen, Kindergärten oder Hallen.

Angesichts der aktuellen Preisentwicklung, insbesondere bei den Heizenergien, müssen wir uns darauf einstellen, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 13,8 Millionen Euro (im Jahr 2022) auf etwa 22,9 Millionen Euro im Jahr 2024 ansteigen werden. Kostentreiber dieser Entwicklung sind unter anderem die Energiekosten, auf die ein Betrag in einer Größenordnung von 4,2 Millionen Euro entfällt. Bei der Kalkulation der entsprechenden Haushaltsansätze haben wir uns davon leiten lassen, dass wir bei der Energieversorgung beim Strompreis für den Spitzenwert bis zu 72 Cent je kWh zu zahlen haben. Beim Gaspreis sind wir jenseits der Gaspreisbremse im Jahr 2024 von einem Wert von bis zu 17 Cent je kWh ausgegangen. Bei den Haushaltsansätzen

ist zu berücksichtigen, dass die vom Bundestag beschlossene Gas- und Strompreisbremse nur eine befristete Laufzeit haben wird und wir uns darauf einstellen müssen, dass spätestens ab Mai 2024 wieder Marktpreise zu entrichten sein werden¹.

Es steht für mich außer Frage, dass wir auf die Energiepreisentwicklung aber nicht nur reagieren dürfen, sondern wir müssen auch aktiv werden, um schon aus ökologischen Gründen den Einsatz für fossile Energieträger zu minimieren und sparsamer mit den Ressourcen umzugehen. Grundlage dafür sind zunächst die im zurückliegenden Jahr gefassten Beschlüsse des Gemeinderats zur **Energieeinsparung**. Darüber hinaus wollen wir aber gerade in naher Zukunft das Thema Energiemanagement noch stärker in den Blick nehmen, um uns auf diesem Feld zukunftsfristig aufzustellen. Nicht zuletzt mit Blick auf die personelle Verstärkung in diesem wichtigen Feld werden wir hier den selbst gesetzten Zielen ein gutes Stück näherkommen. Gleichzeitig bleibt es eine Daueraufgabe für unseren Baubereich, die städtischen Gebäude energetisch zu ertüchtigen. Bei laufenden **Generalsanierungen** von Gebäuden steht deshalb stets die Verbesserung der Energieeffizienz immer mit auf der Agenda. Als aktuelle Beispiele will ich dafür nur die Maßnahme beim Rettungszentrum in der Unimogstraße oder die Generalsanierungen des Goethe-Gymnasiums und der Realschule nennen.

Die Entwicklung auf den Energiemärkten hinterlässt jedoch, wie bereits angedeutet, aber auch deutliche Spuren bei unserem kommunalen Energieversorger, bei den **Stadtwerken Gaggenau**. Während die Werke in jüngsten Vergangenheit in der Regel Überschüsse erwirtschaftet oder zumindest eine schwarze Null geschrieben haben, weist der Entwurf des Wirtschaftsplanes für die Jahre 2023 und 2024 jeweils Fehlbeträge aus. Im Jahr 2023 rechnen die Stadtwerke mit einem Verlust von knapp 3 Millionen Euro und im 2024 mit einem Fehlbetrag von rund 2,5 Millionen Euro. Ursächlich dafür ist insbesondere ein höherer Verlustausgleich zugunsten der Kurgesellschaft Bad Rotenfels mbH.

Ebenso wie die übrigen Gemeinden im Landkreis und im Land hat sich die Stadt Gaggenau in den nächsten zwei Jahren darauf einzustellen, dass wir weiter erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die **Aufnahme von Flüchtlingen** aus der Ukraine, aber auch aus anderen Teilen der Welt, sicherzustellen. Wie Sie kürzlich den Medien entnehmen konnten, wurden im zurückliegenden Jahr 2022 bundesweit circa 1 Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, hinzu kamen etwas mehr als 244.000 Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern, insbesondere aus Syrien und Afghanistan. Wie die weitere Entwicklung aussehen wird, ist völlig offen und hängt nicht zuletzt vom Geschehen in der Ukraine ab. Fakt ist, dass wir uns, wie auch von der Chefin der EU-Asylbehörde prognostiziert, auf einen weiteren Zuzug von Flüchtlingen einstellen müssen und dafür die notwendigen Unterbringungskapazitäten zur Verfügung zu stellen sind. Wir haben daher im Haushaltsplanentwurf im investiven Bereich für das Aufstellen von Containern im Bereich Waldstraße bzw. Hartplatz Traischbachstadion Investitionskosten von 1,2 Millionen Euro veranschlagt, wohlwissend, dass die Gesamtinvestition eine Größenordnung von circa 1,8 Millionen Euro erreichen wird. Der überschießende Betrag wurde, wie auch im Rahmen der heutigen Gemeinderatssitzung noch gesondert zu behandeln sein wird, durch eine Mittelbereitstellung im Vorjahr, also im Jahr 2022 abgedeckt; das Stichwort sind hier Ermächtigungsübertragungen.

Neben der Unterbringung im Bereich Traischbachstadion ist im Haushaltsplan auch der Neubau einer Unterkunft in der Kreuzung Eckener-/Lessingstraße veranschlagt. Hierfür sind Investitionsmittel in einer Größenordnung von 1,65 Millionen Euro ausgebracht. Und schließlich haben wir

¹ Beim Strombezug wurde der höchste Verbrauchswert der vergangenen drei Jahre für das Jahr 2023 80% mit 40 ct sowie 20 % mit 72 ct/kWh berechnet und für das Jahr 2024 für 4 Monate (bis 30.04.2024) mit demselben Wert wie 2023 plus 8 Monate mit einem Strompreis von 72 ct (Vertragspreis für 2023). Bei den Schulen und Kindergärten wurde ein Zuschlag für die bisher noch nicht in Betrieb gegangenen RLT Anlage von 15 % berechnet.

Erdgas wurde in 2023 mit dem bisherigen Gaspreis von 3,5 ct plus 10 % vertraglich vereinbarter Zuschlag sowie für 2024 die Verbrauchswerte für 4 Monate 80 % mit 12 ct sowie 20 % mit 17ct/kWh sowie das restliche Jahr mit 17 ct/kWh gerechnet.

im Ergebnishaushalt Vorsorge dafür getroffen, dass im erforderlichen Umfang weitere Container angemietet werden können, um unseren Verpflichtungen zur Anschlussunterbringung gerecht zu werden.

Neben der Stadt selbst engagieren sich aber auch die städtischen Eigenbetriebe und –gesellschaften bei diesem Thema. So beabsichtigt bekanntlich die **Städtische Wohnungsgesellschaft Gaggenau mbH** im Bruchwiesenweg den Neubau eines Mehrfamilienhauses mit insgesamt zwölf Wohnungen. Damit die Städtische Wohnungsgesellschaft dieses Großprojekt stemmen kann, sind im Haushaltsplan ein Investitionskostenzuschuss von 800.000 Euro, die Gewährung eines Darlehens von 2 Millionen Euro und eine Kapitaleinlage von 160.000 Euro vorgesehen. Allerdings gehen wir davon aus, dass die Darlehensgewährung nur temporär, also vorübergehend erforderlich sein wird, bis entsprechende Fördermittel aus dem Landeswohnungsbauprogramm zur Verfügung stehen. Und schließlich wird der Eigenbetrieb Stadtwohnung ein weiteres Gebäude zur Zwecke der Flüchtlingsunterbringung in der Murgtalstraße im Stadtteil Bad Rotenfels erwerben. Zur finanziellen Absicherung dieses Grunderwerbs von der Stadt eine Kapitaleinlage in der Größenordnung von 500.000 Euro erhalten. Sie ist ebenfalls im Haushaltsplan veranschlagt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass die Abarbeitung all dieser Projekte nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine **personelle Dimension** hat. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den entsprechenden Einheiten, also im Hochbau, aber auch in der Wohnungswirtschaft, müssen hier sehr kurzfristig die Planung und Umsetzung dieser Projekte auf dem Weg bringen und begleiten. Und dies zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben die weiterhin zu erfüllen sind. Es ist aber nicht nur mit den eigentlichen Baumaßnahmen getan, sondern die Aufnahme von Flüchtlingen erfordert eine permanente Betreuung dieses Personenkreises. Hier sind wir zunächst rein formal als Ausländerbehörde gefordert, aber auch bei der sozialen Betreuung, also bei der Integration, sind Städte und Gemeinden in der Pflicht. Wenngleich nicht unwesentliche Teile des Integrationsmanagements aufgrund einer Vereinbarung vom Landkreis erbracht werden, bleiben noch genügend gemeindliche Aufgaben. Ich bin daher dankbar, dass neben der Abteilung Gesellschaft und Familie meines Hauses sich weiterhin zahlreiche **ehrenamtliche Kräfte** bei der Betreuung und der Integration von Flüchtlingen engagieren. Dazu zählt auch das Angebot der Tafel, das bekanntlich weit über Gaggenau hinaus in das gesamte Murgtal ausstrahlt.

Auf der anderen Seite muss man aber bei dieser Gelegenheit auch sehr deutlich sagen, dass wir angesichts der Entwicklung beim Zugang von Flüchtlingen erkennen, dass die Kommunen mittlerweile ihre Belastungsgrenze erreicht haben. Die kommunale Familie ist deshalb dringend darauf angewiesen, dass seitens der übergeordneten Stellen, gerade aber seitens der Bundesregierung, alles dafür unternommen wird, damit wir bei der Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union zu einem gerechteren Verteilungsmechanismus kommen. Es kann letztendlich nicht sein, dass wenige Länder der EU die Hauptlast tragen und sich andere hier schlicht gesagt wegducken. Aber auch national bleiben Hausaufgaben zu erledigen. Wir müssen erkennen, dass wir angesichts der krisenhaften Entwicklung nicht alle Standards und gesetzliche Regelungen, die unter ganz anderer Voraussetzungen entstanden sind, so weiterführen können. Die kommunalen Spitzenverbände, aber auch Wirtschaftsverbände, haben daher aus meiner Sicht vollkommen zurecht darauf hingewiesen, dass ein **politischer Reformprozess** unumgänglich ist, wenn wir die Herausforderungen, die sich aktuell stellen, seriös bewältigen wollen. Das stetige Ausweiten von Rechtsansprüchen, das Erhöhen von ohnehin schon hohen Standards, das Ziel eines einzelfallgerechten Fürsorgestaates, das alles kann letztlich ein Staat auf Dauer nicht leisten.

Ebenso wie die privaten Haushalte sieht sich die Stadt mit den Auswirkungen der hohen Inflation konfrontiert. Dies gilt bei uns insbesondere für den Baubereich, in dem in jüngster Zeit zum Teil innerhalb eines Jahres Baupreissteigerungen von 10 bis 15 % zu verzeichnen waren. Wenngleich mittlerweile die ersten Anzeichen dafür erkennbar sind, dass sich die Baupreientwicklung etwas abschwächt, müssen wir trotzdem konstatieren, dass bei der Realisierung von Hoch- und Tiefbauprojekten zum Teil deutliche **Kostensteigerungen** zu verzeichnen sind. Dies gilt auch für den Unterhaltungsbereich, also für die Aufwendungen, die im Ergebnishaushalt abgebildet sind. Wir haben hier das Budget gegenüber den Vorjahren schon deutlich erhöht. Eigentlich müssten wir hier unsere Ansätze aber noch höher veranschlagen als dies im Haushalt bislang geschehen ist.

Auf der anderen Seite müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, dass unsere Ergebnishaushalte in beiden Jahren, also in 2023 und 2024, deutlich negativ sind, also **Fehlbeträge** in einer Größenordnung von insgesamt fast 10,7 Millionen Euro aufweisen. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wäre eine weitere Mittelbereitstellung finanzwirtschaftlich nur möglich, wenn wir die Hebesätze für die Realsteuer, also für Grund- und Gewerbesteuer, heraufsetzen würden. Angesichts der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung haben wir davon aktuell Abstand genommen, wohlwissend, dass damit im Ergebnishaushalt auch die eine oder andere Einschränkung verbunden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Vorlage dieses Doppelhaushaltes wollen wir nicht nur reaktiv auf die aktuellen Krisen reagieren, wir haben auch den Anspruch, kommunalpolitisch zu agieren. Wir wollen die Zukunft unserer Stadt aktiv gestalten. Dies schlägt sich insbesondere im investiven Bereich des Haushalts nieder. Einen besonderen Stellenwert im Investitionsprogramm nehmen regelmäßig die Schulen in der Trägerschaft der Stadt ein, also die Grundschulen in der Kernstadt und in den Stadtteilen sowie unsere weiterführenden Schulen, also die Gemeinschaftsschule in Ottenau, die Realschule in Bad Rotenfels und das Goethe-Gymnasium in Gaggenau.

Während im zurückliegenden Doppelhaushalt die Digitalisierung unserer Bildungseinrichtungen in Fokus stand, steht aktuell noch die ebenfalls im vorangegangenen Doppelhaushalt finanzierte Ausstattung mit stationären Raumluftechnischen Anlagen auf dem Arbeitsprogramm. Hier haben sich die Arbeiten bekanntlich aufgrund der Lieferkettenproblematik leider verzögert.

In den nächsten zwei Jahren werden wir bei den **Schulen** nunmehr weitere **Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand** in Angriff nehmen. Insgesamt sollen für die Schulen in zwei Jahren 6,8 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Größtes Einzelprojekt dabei ist die Generalsanierung der Realschule, für die wir im Haushalt 4,5 Millionen Euro angesetzt haben. Hinzu kommt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6 Millionen Euro und ein Ansatz von 1,5 Millionen Euro in 2025. Dies bedeutet konkret, dass wir für die Abarbeitung der mit allen Beteiligten abgestimmten Planung im Finanzplanungszeitraum mit Kosten von über 12 Millionen Euro rechnen. Neben den Schulen selbst wollen wir auch die Bushaltestelle für das gesamte Schulzentrum Dachgrub auf einen neuen Stand bringen und haben dafür 180.000 Euro im Haushalt vorgesehen. Beim Goethe-Gymnasium ist für die laufende Generalsanierung eine Schlussrate von 600.000 Euro vorgesehen. Bei der Grundschule Hörden stehen für entsprechende Maßnahmen Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen von etwas mehr als 700.000 Euro zur Verfügung. Für die Eichelbergschule sieht der Haushalt Ausgabeansätze in einer Größenordnung von rund einer halben Million Euro vor und für den Abschluss der Generalsanierung im Bestand der Merkurschule sind 240.000 Euro veranschlagt.

Neben den Schulen ist die Stadt auch bei den **Kindergärten** gefordert. Bekanntlich beteiligt sich die Stadt mit 70 % an den Investitionsaufwendungen der kirchlichen Kindergartenträger. Hierfür sind in zwei Jahren rund 720.000 Euro eingeplant. Größere Projekte sind dabei Dachsanierungen beim Katholischen Kindergarten St. Josef im Wiesenweg und beim Katholischen Kindergarten St. Marien in der Kernstadt.

Die Flutkatastrophe im Ahrtal vor zwei Jahren, aber auch der vor kurzem zu verzeichnende Stromausfall in Gaggenau, haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig es ist, **Vorsorge** für Unglücks- und Katastrophenfälle zu treffen. In der Stadt kommt hier gerade den ehrenamtlichen Kräften unserer **freiwilligen Feuerwehr** eine besondere Bedeutung zu. Bereits bei meiner Rede beim Neujahrsempfang habe ich darauf verwiesen, dass unsere Feuerwehr bereits in den ersten beiden Wochen des neuen Jahres zu rund 15 Einsätzen gerufen wurde. Wir wollen daher im Doppelhaushalt erneut dafür Sorge tragen, dass unsere Einsatzkräfte ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir wollen so in die bereits begonnene Generalsanierung des Rettungszentrums in der Unimogstraße insgesamt fast 1,7 Millionen Euro investieren. Und für die Erweiterung des Gerätehauses in Freiolsheim sind weitere 100.000 Euro veranschlagt. Für die Beschaffung neuer Einsatzfahrzeuge sieht der Haushaltsplan Auszahlungen von 900.000 Euro vor. Die Digitalisierung der Sirenen für Alarmierungszwecke ist mit 310.000 Euro kalkuliert, außerdem wollen wir mit 20.000 Euro den Betriebsfunk stärken.

Präventiven Charakter haben unsere vorgesehenen Investitionen in den **Hochwasserschutz**. Ein Jahrhundertprojekt ist dabei die Verdolung des Sulzbachs. Hierfür sind im Doppelhaushalt zunächst Mittel in einer Größenordnung von 1,75 Millionen Euro eingestellt. Außerdem ist eine Verpflichtungsermächtigung von 4 Millionen Euro vorgesehen, die dann im Jahr 2025 zahlungswirksam werden wird. Neben diesem Großprojekt in Sulzbach soll der Hochwasserschutz an der Murg, am Michelbach, am Börbach und am Edelsbach verbessert werden. Dafür stehen weitere 756.000 Euro zur Verfügung.

Eine ebenfalls wichtige kommunale Aufgabe ist der **Erhalt der gemeindlichen Infrastruktur**. Für die Sanierung verschiedener Gemeindestraßen wollen wir daher insgesamt 7,7 Millionen Euro in die Hand nehmen. Zu den damit finanzierten Vorhaben zählen unter anderem die Bismarckstraße, die Rommelstraße, die Gutenbergstraße, die Markgraf-Wilhelm-Straße in Rotenfels, die Otto-Hirth-Straße in Michelbach, die Brücke in der Bernsteinstraße, eine Stützmauer am Michelbach, die Merkurstraße in Oberweier, die Dorfstraße in Sulzbach und die Herrenwiesenstraße in Sulzbach profitieren. Flagge zeigen wollen wir zudem bei dem inklusionsgerechten Umbau von Bushaltestellen, für den 800.000 Euro im Haushalt angemeldet sind. In gleicher Weise konsequent fortsetzen wollen wir unser Engagement beim Ausbau und der Verbesserung von Radwegen. So sind für eine Verbreiterung des Radweges „Tour de Murg“ im Umfeld des Pionierwegs in Ottenau 450.000 Euro in dem Haushalt eingestellt.

Mit Blick auf den Bevölkerungszuwachs, den wir in den zurückliegenden Jahren erfreulicherweise zu verzeichnen haben, sind wir gefordert, die **Stadtentwicklung** weiter in den Blick zu nehmen. Hier gibt es unterschiedliche Kooperationen mit privaten Investoren. Das Projekt der Firma Wilhelm in der Hildastraße ist nahezu fertiggestellt, beim Eisenhöfer-Gebäude in der Theodor-Bergmann-Straße sind die Arbeiten in vollem Gange. Aktuell sind wir im Gespräch mit privaten Investoren für den Bereich Hildastraße, Leopoldstraße und Luisenstraße. Darüber hinaus wollen wir die Wohnbauflächenentwicklung in den Stadtteilen konstruktiv begleiten. Wir hoffen daher, dass wir beim Baugebiet „Schiffersgründel“ und beim Gebiet „Mergelacker“ im Stadtteil Oberweier in den nächsten zwei Jahren entscheidende Schritte vorankommen. Zur Absicherung dieser Erschließungsprojekte sind im Haushalt insgesamt 1,1 Millionen Euro aufgenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie meinen bisherigen Ausführungen entnehmen konnten, haben wir auch in den Jahren 2023 und 2024 ein mehr als **respektables Investitionsprogramm** und damit auch ein forderndes Arbeitsprogramm auf der Agenda. Dieser Umstand lässt sich auch an ganz konkreten Zahlen festmachen: Im Jahr 2023 erreichen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit eine Größenordnung von 19,1 Millionen Euro. Im folgendem Jahr 2024 sind dafür 14,7 Millionen Euro veranschlagt.

Die Auszahlungen werden dabei entweder über Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit in einer Größenordnung von 13 Millionen Euro in den beiden Haushaltsjahren und andererseits über unsere vorhandene Liquidität refinanziert. Das heißt, trotz eines volkswirtschaftlich nicht einfachen Umfeldes sind in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 erneut **keine Darlehensaufnahmen** bzw. Kreditermächtigungen für den Kernhaushalt veranschlagt. Wir bleiben damit unserem Kurs treu, den wir seit 16 Jahren eingeschlagen haben. Konkret bedeutet dies, auch in den nächsten beiden Haushaltsjahren **keine neuen Schulden**. Das ist eine wichtige Botschaft an die junge Generation. Wir gehen keine Verpflichtungen ein, die von künftigen Generationen finanziell bedient werden müssten. Zudem sichern wir unsere kommunalpolitische Handlungsfähigkeit. Wir verfügen damit immer noch über Spielräume, wenn es in künftigen Jahren nicht mehr möglich sein sollte, notwendige kommunale Investitionen ausschließlich über vorhandene Liquidität, über Zuweisungen für Investitionsvorhaben oder über Veräußerungserlöse zu finanzieren. Nur der Vollständigkeit darf ich darauf verweisen, dass unser Schulstand im Kernhaushalt bei überschaubaren 856.000 Euro liegt. Pro Einwohner sind dies 28,33 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung im landesweiten Vergleich liegt bei den Kämmererhaushalten vergleichbarer Städte dagegen bei mehr als 425 Euro je Einwohner².

² Tabelle „Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden, Stadt- und Landkreise in ihren Kernhaushalten, Eigenbetrieben und Eigengesellschaften am 31. Dezember 2020, Magazin „Die Gemeinde“, Sept. 2021

Für diese gute Ausgangslage im investiven Bereich, haben wir durch unser umsichtiges Handeln in den Vorjahren die Grundlage geschaffen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir es im laufenden Geschäft, also im **Ergebnishaushalt**, nicht schaffen, unseren Ressourcenverbrauch in einer Größenordnung von 93,5 Millionen Euro in 2023 und in Höhe von 96,6 Millionen Euro in 2024 über ordentliche Erträge in mindestens gleichem Umfang zu decken. Fakt ist vielmehr, dass wir in 2023 einen **Fehlbetrag** von knapp 5,5 Millionen Euro und in 2024 von etwas weniger als 5,2 Millionen Euro ausweisen müssen. Das ist insgesamt keine erfreuliche Entwicklung. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass wir für den Haushaltsausgleich auf entsprechende Überschussrücklagen des ordentlichen Ergebnisses zurückgreifen können. Es ist also nicht notwendig, die Fehlbeträge mit dem Basiskapital zu verrechnen. In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 und 2026 sind ebenfalls Fehlbeträge, allerdings in deutlich geringere Höhe, veranschlagt. Am Ende der Planungsperiode, also am Ende des Jahres 2026, sind die Überschussrücklagen dann jedoch nahezu vollständig aufgebraucht.

Bei einer Analyse unseres Ergebnishaushaltes fällt auf, dass wir weniger ein Ertrags- als vielmehr ein **Aufwandsproblem** haben. Das machen die Zahlen sehr deutlich. So steigen die ordentlichen Erträge von 2022 auf 2023 um über 10,8 Millionen Euro. Das ist ein Plus von ca. 14 %, also ein Zuwachs der fast doppelt so hoch ausfällt wie die allgemeine Teuerungsrate. Gleichzeitig nehmen aber die ordentlichen Aufwendungen noch deutlicher zu. Sie steigen von 81,3 Millionen Euro um 12,2 Millionen Euro auf 93,5 Millionen Euro. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass wir einen solchen rasanten Zuwachs bei den Aufwendungen nur dann uns leisten oder bewältigen können, wenn uns dafür zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Wir setzen deshalb ein gutes Stück darauf, dass die Volkswirtschaft mittelfristig gesehen wieder deutlich zulegt und sich dies in entsprechenden Steuererträgen und Zuweisungen niederschlägt. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, wäre eine Diskussion darüber, welchen Umfang der kommunalen Daseinsvorsorge wir uns künftig leisten können, unumgänglich. Alternativ müssten wir spätestens in der nächsten Haushaltsperiode darüber nachdenken, unsere eigenen Steuerquellen stärker auszuschöpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie, dass ich abschließend noch ein Blick auf unsere **Eigenbetriebe** werfe, die ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge und damit zur Lebensqualität in unserer Stadt beitragen.

Bei der **Abwasserbeseitigung** ist die herausragende Einzelmaßnahme der Neubau eines Regenüberlaufbeckens (RÜB) im Bereich Bäumbach. Dieses Vorhaben ist im Wirtschaftsplan mit 1,9 Millionen Euro veranschlagt. Es ist eine Investition, die unmittelbar der Gewässerqualität und damit dem Umweltschutz zu Gute kommt. Erhebliche Verbesserung der Gewässergüte sind auch von der Nachrüstung einer 4. Reinigungsstufe in der Kläranlage Bad Rotenfels zu erwarten. Diese Investition wird vom Abwasserverband Murg getätigt. Sie wird in späteren Jahren durch eine erhöhte Betriebskostenumlage von allen Gaggenauer Gebührenzahlern zu refinanzieren sein. Weitere Vorhaben unseres Eigenbetriebs sind Kanalbaumaßnahmen in der Hördener Straße, in der Sofien- und Josefstraße in Bad Rotenfels und in der Merkurstraße in Oberweier.

Unsere **Stadtwerke** wollen im investiven Bereich 17 Millionen Euro ausgeben. Davon entfallen fast 4,7 Millionen Euro auf den Geschäftsbereich Telekommunikation, also auf den Ausbau des Glasfasernetzes, weitere 5,2 Millionen Euro auf die Stromversorgung und 920.000 Euro auf den Ausbau der Nahwärmeversorgung. Wichtig ist uns dabei, mit einer kommunalen Wärmeplanung, Quartierskonzepten und einem Ausbau der regenerativen Energiegewinnung einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung unseres kommunalen Klimaschutzkonzeptes zu leisten. Im Erfolgsplan werden die Werke stark durch den Defizitausgleich für das Rotherma belastet. Hier rechnet die Geschäftsführung mit Defiziten von fast 3,8 Millionen Euro in 2023 und mit 3,3 Millionen Euro in 2024, so dass auch bei der Mutter, also bei den Stadtwerken, in beiden Jahren Fehlbeträge ausgewiesen werden.

Sehr erfolgreich sind seit Jahren unsere beiden wohnungswirtschaftlichen Unternehmen, der Eigenbetrieb **Stadtwohnung Gaggenau** sowie die **Städt. Wohnungsgesellschaft Gaggenau mbH**, unterwegs. Die Stadtwohnung will in den nächsten zwei Jahren allein für Instandhaltung und Instandsetzung ihres Wohnungsbestandes rund 2,0 Millionen Euro aufwenden. Hinzu kommt der

bereits erwähnte Neubau der Wohnungsgesellschaft im Bruchwiesenweg, der mit Ausgaben von 2,9 Millionen Euro veranschlagt ist. Gerade mit Blick auf die Situation auf dem Wohnungsmarkt, können wir sehr froh darüber sein, dass wir über einen für eine Stadt unsere Größenordnung beachtlichen Wohnungsbestand verfügen und wir mit unseren Unternehmen selbst als Bauherr agieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den vor Ihnen vorliegenden Haushalts- und Wirtschaftspläne gehen klare Signale aus. Wir haben finanzwirtschaftlich abgesicherte Zielmarken, die wir erreichen wollen. Und für den Weg dahin verfügen wir über einen klar definierten kommunalpolitischen Kompass, der auf ein verantwortliches und nachhaltiges Handeln justiert ist.

Über wesentliche Inhalte dieses Haushaltes werden wir uns in gewohnter Weise zunächst im Rahmen von drei Sitzungen des Verwaltungs- und Finanzausschusses, die Ende Januar und Anfang Februar 2023 terminiert sind, unterhalten, so dass – je nach dem Fortgang der Beratungen - eine Verabschiedung des Haushaltes im Laufe des März 2023 erfolgen kann. Gestatten Sie, dass ich an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, aber auch der drei Eigenbetriebe, die bei der Erstellung des umfangreichen Planwerks beteiligt waren, sehr herzlich danke. An erster Stelle natürlich den Verantwortlichen der Stadtkämmerei mit Herrn Stadtkämmerer Andreas Merkel und der Abteilungsleiterin Frau Melanie Merkel an der Spitze.

Ich darf nun unseren Stadtkämmerer, Herrn Merkel, bitten, Ihnen noch wesentliche Positionen des Ergebnishaushaltes zu erläutern.